

RESOLUTION: JETZT HANDELN: DIE KLIMAKRISE WARTET NICHT

++++ Beschluss der Delegiertenversammlung vom 25. August 2018++++

Die Dürre des Sommers 2018 zeigte eindrücklich die negativen Folgen der menschengemachten Klimaerhitzung auf. Mit zunehmenden Temperaturen werden Wetterextreme häufiger und intensiver. Vegetation, Landwirtschaft und Wälder, die sich über Jahrhunderte an die lokalen Gegebenheiten und das lokale Klima angepasst haben, kommen unter Druck. Das Tempo der zerstörerischen Klimaerhitzung überfordert die Anpassungsfähigkeit von Menschen und Natur.

Wir alle können eigenverantwortlich mehr für den Klimaschutz tun. Doch der Schritt in die fossilfreie Zukunft gelingt nur, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt und neue Allianzen den Druck erhöhen.

1. **Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis spätestens 2050.** Dazu sollen ab sofort keine neuen fossilen Heizungen mehr installiert werden. Ab 2025 sind keine neuen fossil betriebenen Personenwagen mehr zuzulassen. Ab 2030 sollen keine neuen fossil betriebenen Anlagen mehr bewilligt werden. Mit diesem gestaffelten Vorgehen bleiben noch 20 Jahre, um die bestehenden Anlagen und Fahrzeuge weiterzuentwickeln, umzurüsten oder zu ersetzen. Nur wenn wir das jetzt anpacken, können die wirtschaftlichen Kosten der Klimakrise tief gehalten und eine nachhaltige Energieversorgung für die kommenden Generationen garantiert werden.
2. **Für einen sauberen Finanzplatz: Rückzug der Investitionen aus den fossilen Energien.** Die vom Schweizer Finanzplatz gesteuerten Aktivitäten verursachen das Zwanzigfache der inländischen Treibhausgasemissionen. Das entspricht den gesamten Inlandemissionen von Deutschland oder Japan. Der Rückzug von Investitionen in fossile Energien hat deshalb eine enorme Hebelwirkung im Kampf gegen die globale Klimaerhitzung. Die Banken, Versicherungen und Pensionskassen sind deshalb zu verpflichten, sich nur noch an Investitionen zu beteiligen, welche mit dem 2-Grad-Ziel im Einklang sind. Dazu soll der Bund mit den Branchen des Finanzsektors CO₂-Reduktionsziele festlegen, damit sich diese bis spätestens 2030 aus allen fossilen Investitionen zurückziehen.
3. **Globale Vielflieger finanzieren den nachhaltigen Tourismus.** Um die massiv steigende Klima- und Umweltbelastung des Flugverkehrs zu reduzieren, ist eine Flugticket-Abgabe zu erheben, wie sie schon in Nachbarländern besteht. Deren Einnahmen sollen zweckgebunden in einen Fonds für den lokalen, nachhaltigen Tourismus einbezahlt werden. Damit soll es attraktiver werden, Ferien in der Region zu machen. Gleichzeitig wird der lokale Tourismus bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt.

4. **Verursachergerechte Finanzierung der Anpassungsmassnahmen durch einen Klima-10-Räppler auf Treibstoffen.** Dürren wie in diesem Hitzesommer zeigen auf, dass die Klimaerhitzung teuer wird. Die Reparatur- und Anpassungskosten werden in Zukunft weiter zunehmen. Sie müssen verursachergerecht finanziert werden. Die Grünen fordern einen Klima-10-Räppler für die Erdöl-Importeure. Für jeden Liter Benzin-Äquivalent inklusive Kerosin muss die Erdöl-Industrie 10 Rappen in einen Fonds zur Finanzierung der Klimaanpassung einzahlen. Das entlastet Private und öffentliche Haushalte. Zusätzlich soll ein zweiter Fonds geschaffen werden, der der Finanzierung von Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel dient, wenn keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr besteuert werden können. Dieser Fonds für die Nach-fossile-Zeit muss wie der Entsorgungsfonds für AKW bereits jetzt geüffnet werden, damit die Anpassungsmassnahmen auch dann noch verursachergerecht finanziert werden, wenn die Verursacher selber verschwunden sind.
5. **Die Schweiz engagiert sich auf internationaler Ebene aktiv, um die Reduzierung der Treibhausgase voranzutreiben.**

Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass die Klimapolitik in diese Richtung weiterentwickelt wird. Sollten im CO₂-Gesetz keine entscheidenden Verbesserungen durchgesetzt werden, muss die Bevölkerung selber über eine verantwortungsvolle Klimapolitik bestimmen können.

Die Geschäftsleitung wird deshalb aufgefordert:

- der nächsten Delegiertenversammlung einen Antrag zur Unterstützung der Gletscher-Initiative vorzulegen. Diese Initiative will verbindlich in der Verfassung festschreiben, dass in der Schweiz ab 2050 kein fossiler Kohlenstoff mehr in Verkehr gebracht werden darf. Dies entspricht den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz zwar ratifiziert hat, aber aktuell nicht umsetzt.
- nach der Nationalratsdebatte zum CO₂-Gesetz Ende 2018 eine Bilanz über den politischen Willen für griffigen Klimaschutz zu ziehen und angemessene Reaktionen der Grünen vorzuschlagen. Bei einer negativen Bilanz treffen die Grünen Abklärungen, um eine breite Allianz aus Tourismus, Bauernorganisationen, Umweltverbänden usw. für eine ergänzende Klimaschutz-Initiative mit konkreten kurz- und mittelfristigen Massnahmen zu bilden.